

## SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

Postfach 1808  
8021 Zürich  
info@friedensrat.ch  
PC 80-35870-1

Tel. 044 242 93 21  
Fax 044 241 29 26  
www.friedensrat.ch

## Zum ersten UNO-Tag der Gewaltfreiheit am 2. Oktober 2007

### *Votum an der Veranstaltung «La paix et la non-violence aujourd'hui?» in Lausanne*

Dass die UNO-Generalversammlung den Geburtstag von Mahatma Ghandi zum internationalen Tag der Gewaltfreiheit erklärt hat, erinnert daran, dass die Vereinten Nationen in ihrem Kern und Ursprung eine Friedensorganisation sind. In ihrer Charta haben sie den Krieg für illegal erklärt und ihre Gründung ist der Gegenentwurf zum schlimmsten Regime, das die Menschheit in ihrer Geschichte gekannt hat. Wobei der Begriff «Gegenentwurf» nur insofern richtig ist, als es die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus als Verneinung aller menschlichen Werte und als totalen Machtanspruch des Bösen brauchte, um die Alliierten dahin zu bringen, Frieden und Menschenrechte nicht nur als moralische Werte zu verstehen, sondern sie zur Rechtsgrundlage der UNO zu machen. In der UNO-Charta, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den darauf gründenden Menschenrechtskonventionen steckt ein visionärer Kern, der weit über den Alltag und die politischen Realitäten hinaus weist.

Es gibt in unserem Land bekanntlich eine Partei, die bis zuletzt den Beitritt der Schweiz zur UNO bekämpft und seither auch schon den Austritt der Schweiz gefordert hat. Sie stösst sich genau am visionären Kern der UNO. Ihr unbestrittener Führer hat bis zuletzt das Apartheid-Regime in Südafrika verteidigt und erst nach seinem Untergang den Schwerpunkt seiner politischen Aktivitäten auf die Innenpolitik verlegt, so als wolle er beweisen, dass er es besser machen könne als die gescheiterten Apartheid-Politiker. Mit den Werten der französischen Revolution – Liberté, Egalité, Fraternité – hat er nichts am Hut. Er will Freiheit nur für einen bestimmten Menschenschlag, Gleichheit ist ihm ein Gräuel und Brüderlichkeit oder Solidarität tut er als „Gutmenschentum“ ab.

Aber was hat das mit dem Tag der Gewaltfreiheit zu tun?

Der Zusammenhang mag auf den ersten Blick nicht ersichtlich sein. Aber wenn wir von den Visionen hinuntersteigen in die Niederungen des Alltags, so finden wir uns im aktuellen Wahlkampf wieder und da ist die SVP mit ihrer Werbung allgegenwärtig, jetzt mit der Anbetung ihres Führers, bis vor kurzem mit den scheinbar so harmlosen „Schafsplakaten“.

Doch deren Bildsprache hat es in sich. Ein weisses Schaf kickt ein schwarzes über die Schweizer Grenze – eine eindeutige Gewaltszene. Und zwar ist es ein „gewöhnliches“ weisses Schaf, das Gewalt gegen das schwarze anwendet. Es ist nicht ein Beamter symbolisiert, der die Ausschaffung des schwarzen Schafes „vollziehen“ soll. Also wird nicht nur individuelle Gewaltanwendung verherrlicht, sondern gleichzeitig Selbstjustiz propagiert. Damit wird das staatliche Gewaltmonopol und damit das gewaltfreie Zusammenleben in unserer Gesellschaft in Frage gestellt. «Sicherheit schaffen» steht als Motto dazu. Das Faustrecht soll also an die Stelle des Rechtsstaats treten, wie es Neonazis auf dem Rütli durchzusetzen versucht haben.

Die Farbgebung der Schafe suggeriert, dass Weisse das Recht haben, Schwarze zu schlagen. Damit wird – auch wenn das die SVP heftig bestreitet – nicht nur Rassismus an sich legitimiert, sondern darüber hinaus rassistische Gewalt.

Es ist kein Zufall, dass seit Jahren aus der SVP Vorstösse zur Abschwächung oder Abschaffung der Antirassismus-Strafnorm und zur Aufhebung der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus kommen. Offenbar ist das „Schafsplakat“ noch nicht alles, was sie an Rassismus für ihre Werbung vorhat.

Nun wird zu diesem Plakat eingewendet, so wörtlich dürfe man das nicht nehmen, es gehe nicht um Schwarze und Weisse, sondern lediglich um die sprichwörtlichen „schwarzen Schafe“. Offenbar soll diese Interpretation harmloser sein. Das ist sie aber nicht, im Gegenteil.

Die Gewaltverherrlichung und der Aufruf zur Selbstjustiz bleiben, der Kreis der Opfer wird aber ausgeweitet. Und wenn man das Sprichwort ernst nimmt, dann geht das weit über den ursprünglichen Zusammenhang der sog. „Ausschaffungsinitiative“ der SVP hinaus.

Dann sollen nicht nur sog. „kriminelle Ausländer“ und ihre Angehörigen aus der Schweiz ausgeschafft werden, sondern alle „schwarzen Schafe“. Schweizer Staatsangehörige dürfen aber nicht aus der Schweiz ausgeschafft werden. Also ruft die SVP bei dieser Interpretation nicht nur zu Gewalt und Selbstjustiz auf, sondern auch zur Hetzjagd auf eigene Staatsangehörigen und zu ihrer Vertreibung aus der Schweiz.

Wenn man das Bild nicht so direkt, sondern auf einer symbolischeren Ebene interpretiert, dann will die SVP die Möglichkeit schaffen, generell „schwarze Schafe“ aus der Schweiz auszuweisen – konkret sie also auszubürgern. Stellt sich Bundesrat Blocher deshalb so lauthals gegen das Völkerrecht, das dem entgegensteht?

Nun, ich möchte die Bildbetrachtung nicht noch weiter treiben. Ich muss gestehen, dass es mich nicht sonderlich verwundert, dass die SVP mit solcher Symbolik politische Werbung betreibt. Sie entspricht ihrer Haltung und ihrer Politik. Unter ihrem Führer hat sie nun mal nichts für die bürgerlichen Grundwerte übrig, wie sie aus der französischen Revolution hervorgegangen sind. Aber zu denken gibt, dass es immer noch sog. „anständige“ SVP-Politikerinnen und Politiker gibt, die sich nicht klar und eindeutig von solcher Werbung und Politik distanzieren.

Und noch mehr erstaunt, dass sich die bürgerlichen Parteien FDP und CVP nicht unmissverständlich von dieser antibürgerlichen Politik abgrenzen und teilweise für die anstehenden Eidgenössischen Wahlen sogar gemeinsame Sache mit der SVP oder Kandidaten von ihr machen.

Nicht die SVP hat Herrn Blocher zum Bundesrat gemacht, das war vor allem das Werk von Freisinnigen – und, Ironie der Geschichte, es mit „gütiger Unterstützung“ der kommunistischen Minorität im Parlament erfolgt. Die Wahl von Herrn Blocher in die Landesregierung wurde mit der „Einbindung“ ins politische System legitimiert. Als ob man die Folgen einer solchen Strategie nicht aus der jüngeren Geschichte zur Genüge kennen würde.

Wenn diese Entwicklung weiter geht, werden wir künftig den Tag der Gewaltfreiheit wohl kaum mehr so gemütlich in einem Saal feiern können, sondern mit gewaltfreien Mitteln auf der Strasse und in den Institutionen den Rechtsstaat und die Demokratie verteidigen müssen.

Lausanne, 2. Oktober 2007

Ruedi Tobler  
Präsident des Schweizerischen Friedensrates